

Die regionalen Beziehungen Bayerns

Paul Fischer

Der Freistaat Bayern hat in den vergangenen Jahrzehnten im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland ein dichtes Geflecht von internationalen und regionalen Beziehungen unterschiedlichster Art aufgebaut. Sie reichen von politischen Gesprächen auf höchster Ebene über die Mitgliedschaft in multilateralen grenzüberschreitenden Organisationen, bilaterale institutionalisierte Partnerschaften und Kommissionen, vielfältige Kontakte auf Arbeitsebene bis hin zu konkreten Projekten der bi- und multilateralen Zusammenarbeit. Der Bayerischen Staatskanzlei kommt dabei nach der Verordnung über die Geschäftsverteilung der Bayerischen Staatsregierung (StRGVV) eine besondere Rolle zu. In § 1 der StRGVV vom 28. Januar 2014 wird festgelegt: „(1) Die Staatskanzlei unterstützt den Ministerpräsidenten und die Staatsregierung in ihren verfassungsmäßigen Aufgaben. Dazu zählen insbesondere: (...) 2. Vertretung Bayerns nach außen (...) (2) Die Staatskanzlei nimmt ergänzend folgende Aufgaben wahr: (...) 2. Entwicklungszusammenarbeit: Grundsatzfragen und Koordinierung (...)“. Die rechtlichen Grundlagen dafür sind im Wesentlichen im Grundgesetz Art. 32 (3) und in der Bayerischen Verfassung Art. 47 (3), 52, 53, 72 (2), 181 verankert. Als ein Land, das sich seit jeher als weltoffen versteht, hat Bayern von seinem Recht, eigene Außenbeziehungen zu gestalten, stets Gebrauch gemacht und dabei seinen Handlungsspielraum so weit wie möglich ausgeschöpft.

Die Welt wächst immer stärker zusammen. Es gehört daher zum Selbstverständnis Bayerns, gute Beziehungen zum Ausland und ein großes Netzwerk zu pflegen. Die Partner Bayerns sind Länder und Regionen in unmittelbarer Nachbarschaft, in Europa und in der ganzen Welt.

115 konsularische Vertretungen in Bayern, davon über 42 berufsmäßig besetzte, zeugen von der regelmäßigen und fruchtbaren internationalen Kooperation. Bayern ist damit in Deutschland der größte konsularische Standort. Eine enge Zusammenarbeit besteht auch mit einer Vielzahl internatio-

nal ausgerichteter Einrichtungen, wie z.B. dem Amerikahaus in München, den ausländischen Kulturinstituten, politischen Stiftungen und Verbänden und Vereinigungen der Wirtschaft und dem Eine Welt Netzwerk Bayern. Darüber hinaus hat die Staatsregierung Stellen mit internationalem Auftrag eingerichtet und arbeitet mit ihnen zusammen. Hierzu gehören z.B. Bayern international – Bayerische Gesellschaft für internationale Wirtschaftsbeziehungen, das Außenwirtschaftszentrum Bayern, die Bayerischen Hochschulzentren für die Zusammenarbeit mit Ost-, Mittel- und Südosteuropa, mit Frankreich, mit den USA, Québec/Kanada, China, Lateinamerika und Indien.

1. Internationale und interregionale Beziehungen in unmittelbarer Nachbarschaft und in Europa

Ein besonderer Schwerpunkt ist die Zusammenarbeit mit mittel-, ost- und südosteuropäischen Staaten. Diese Beziehungen reichen zum Teil weit in die Vergangenheit zurück. 12 gemeinsame Regierungskommissionen bestehen mit Tschechien, der Slowakei, Polen, der Ukraine, der Stadt Moskau, Ungarn, Slowenien, Kroatien, Serbien, Mazedonien, Rumänien und Bulgarien. Ferner bestehen fest vereinbarte Gesprächsgruppen mit den österreichischen Nachbarländern Tirol, Salzburg, Vorarlberg und Oberösterreich sowie den italienischen Regionen bzw. Provinzen Friaul-Julisch Venetien, Trient und Südtirol. In Westeuropa unterhält Bayern partnerschaftliche Beziehungen zu den französischen Regionen Limousin und Provence-Alpes-Côte d'Azur, zu Schottland sowie zu Katalonien und zum Baskenland. Im Rahmen der multilateralen Zusammenarbeit in Europa ist Bayern aktives Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Alpenländer (Arge Alp, seit 1972) und der Internationalen Bodenseekonferenz (IBK, seit 1972). In seiner Regierungserklärung vom 12.11.2013 bekräftigte Ministerpräsident Seehofer das internationale Engagement Bayerns: „Mit einer Initiative BAYERN GLOBAL werden wir die internationale Vernetzung Bayerns weiter ausbauen und den Freistaat als Ort bedeutender internationaler Begegnungen stärken. Wir setzen einen Schwerpunkt auf unsere Kontakte mit unseren unmittelbaren Nachbarn, mit Österreich, der Schweiz und Tschechien. Unsere guten und freundschaftlichen Beziehungen zur Tschechischen Republik werden wir weiter ausbauen – auch mit einer Vertretung des Freistaats Bayern in Prag.“ Bereits ein Jahr später, im Dezember 2014, konnte die neue und umfassende Vertretung des Freistaats Bayern in Prag eröffnet werden. Sie soll nicht nur die laufenden Kontakte zu tschechischen Ministerien und Behörden betreuen, sondern auch als Anlaufstelle für bayerische und tschechi-

sche Bürgerinnen und Bürger und Vereinigungen aller Art dienen. Mit Informationsveranstaltungen, Diskussionsforen, Konzerten und Ausstellungen ist sie ein „Schaufenster Bayerns“.

Zur Förderung der Außenwirtschaft und zur Investitionswerbung hat Bayern unter Federführung des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie ein weltweites Netz von Auslandsrepräsentanzen geschaffen. Sie sind vor allem Partner der Wirtschaft in den Zielländern und wesentliche Instrumente des Standortmarketings. Auf europäischer Ebene arbeiten bayerische Repräsentanten in Sofia (Bulgarien), Zagreb (Kroatien), Wien (Österreich), Prag (Tschechien), Warschau (Polen), Bukarest (Rumänien), Moskau (Russland), Istanbul (Türkei), Kiew (Ukraine), Budapest (Ungarn) und Zürich (Schweiz).

2. Interregionale Beziehungen außerhalb Europas

Als ein weiterer Schwerpunkt der bayerischen Außenbeziehungen hat sich mit zunehmender Globalisierung und den damit verbundenen neuen Herausforderungen und Aufgaben die Zusammenarbeit mit starken außereuropäischen Partnerregionen herausgebildet. Es sind dies vor allem Shandong und Guangdong (VR China), Québec (Kanada), Westkap und Gauteng (Südafrika), São Paulo (Brasilien), Georgia (USA) und Karnataka (Indien). Mit Québec, Karnataka, Westkap und Gauteng bestehen ständige Arbeitsgruppen. Mit anderen Regionen finden anlassbezogene Treffen statt. Außereuropäische Auslandsrepräsentanzen Bayerns bestehen in São Paulo (Brasilien), Shenzhen (Guangdong/China), Qingdao (Shandong/China), Bangalore (Indien), Tel Aviv (Israel), Tokio (Japan), Mexiko-City (Mexiko), Johannesburg (Südafrika), New York (USA), San Francisco (USA), Abu Dhabi (Vereinigte Arabische Emirate), Ho-Chi-Minh-City (Vietnam) und Santiago de Chile (Chile). Die Bayerische Vertretung in Montréal (Kanada) wurde 1999 im Gegenzug zur Eröffnung einer Repräsentanz Québecs in München gegründet. Sie unterhält und unterstützt umfassende bilaterale Kontakte, die weit über die Pflege von Wirtschaftsbeziehungen hinausgehen und untersteht deshalb der Bayerischen Staatskanzlei.

3. Die Regierungschefkonferenz der Partnerregionen – starke Partner auf vier Kontinenten

Bayern ist in ein interkontinentales Netzwerk von Partnerregionen eingebunden, die weltweit zu den besonders dynamischen und innovativen Wirt-

schaftsräumen gehören („*Power Regions*“). Die „Regierungschefkonferenz der Partnerregionen“ wurde 2002 auf Initiative Bayerns in München gegründet. Ihr gehören heute mit Bayern, Québec, São Paulo, Oberösterreich, Shandong, Westkap und Georgia bedeutende Investitionsstandorte an. Ziel ist es, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen zwischen den Regionen im Sinne einer nachhaltigen „Politik für Generationen“ kontinuierlich auszubauen und zu vertiefen. Leitbild ist die enge Zusammenarbeit starker Partner auf vier Kontinenten. Das reicht auf der Ebene der Projekte und Programme vom Austausch von Studenten und Wissenschaftlern bis hin zur Nutzung gegenseitiger Export- und Investitionschancen. Die Regierungschefs der Regionen treffen sich im Abstand von zwei Jahren und tauschen die Konzepte über ähnliche Problemstellungen in ihrer Heimat aus. Dazu gehören vor allem Themen, bei denen die Regionen in ihren jeweiligen Nationalstaaten Verantwortung tragen, wie bei den Schulsystemen, bei der Gesundheitsfürsorge, beim Verkehr, bei der Sicherheit oder bei der nachhaltigen Energieversorgung der Bevölkerung. Nachdem inzwischen alle Regionen einmal Gastgeber der Konferenz waren, ist Bayern 2016 wiederum an der Reihe, die Partnerregionen zur Konferenz einzuladen. Über die Staatskanzlei hinaus sind aufgrund des Ressortprinzips auch die bayerischen Staatsministerien bei der Zusammenarbeit mit den genannten und weiteren europäischen und außereuropäischen Staaten und Regionen mit vielfältigen eigenen Maßnahmen an der am 11.05.2011 vom Bayerischen Ministerrat beschlossenen Internationalisierungsstrategie beteiligt, die in der Referentenrunde „Internationales“ unter Leitung der Staatskanzlei koordiniert und im Ministerrat regelmäßig einer Gesamtschau unterzogen wird.

4. Inhaltliche Schwerpunkte und Handlungsfelder der regionalen Beziehungen

Dort wo der Freistaat innerstaatlich Aufgaben hat, nimmt er sie auch engagiert nach außen wahr. Die Themen der internationalen Zusammenarbeit spiegeln die Breite der Interessen und Lebenslagen der Bürgerinnen und Bürger in Bayern wider. Sie lassen sich in sechs Themenfelder zusammenfassen:

a) Politik und Verwaltung

Beim politischen Gedankenaustausch mit den Partnern Bayerns geht es häufig um die weitere Gestaltung der Europäischen Union und um die Un-

terstützung der Staaten in Mittel-, Ost- und Südeuropa auf ihrem Weg in die EU im Rahmen von „Twinning-Projekten“. Weitere zentrale Themen mit unseren Partnern in und außerhalb Europas sind der Kampf gegen die Organisierte Kriminalität, die Zusammenarbeit der Verwaltungen, der gegenseitige Austausch von Expertenwissen und die Qualifizierung von Führungskräften. Konkrete Beispiele der Zusammenarbeit: Experten aus der Bayerischen Justiz wirken bei der Gesetzgebungsberatung in Staaten Ost- und Südosteuropas in den Bereichen verdeckte Ermittlungen, Telekommunikationsüberwachung, Korruptionsbekämpfung und Bekämpfung der Organisierten Kriminalität mit. Bayerische Experten aus der Verwaltung beraten zu Fragen der Kommunalaufsicht und der Ausbildung von Kommunalbeamten, aber auch zu Fragen des energieeffizienten Planens und Bauens und des Denkmalschutzes. In diesem Zusammenhang ist auch die Umsetzung der „Donaustrategie“ für eine stärkere Präsenz Bayerns in Südosteuropa zu nennen, bei der Bayern in den Bereichen Innere Sicherheit und Umwelt maßgebliche Koordinierungsmaßnahmen wahrnimmt. Neu ist Bayerns Einsatz für eine gemeinsame europäische Alpenstrategie zur Stärkung des Kerns Europas.

b) Wirtschaft, Wissenschaft, Technologie, Landwirtschaft und Umwelt

Die Erschließung neuer Märkte und die Werbung für den Standort Bayern reichen von Technologiepartnerschaften über die Ansiedlung neuer Unternehmen mit hoch qualifizierten Arbeitsplätzen bis zur Förderung des Tourismus und der bayerischen Lebensart. Damit dies gelingt, greifen viele Maßnahmen ineinander: etwa die Unterstützung bei internationalen Ausschreibungen, die Internationalisierung der Hochschulen oder eine weltweite Kooperation bei Zukunftstechnologien. Auch der Ausbau der Verkehrsverbindungen, gemeinsame Strategien zur Entwicklung des ländlichen Raumes und Kooperationen beim Umweltschutz gehören dazu. Konkrete Beispiele der Zusammenarbeit: Mit Staaten Südosteuropas führen bayerische Forstexperten gemeinsame Versuche mit forstlichem Saat- und Pflanzengut durch, um das Wuchsverhalten verschiedener Baumarten unter anderen klimatischen Bedingungen zu erforschen. Ziel dieser Kooperation ist es, die Risiken und Chancen des Klimawandels für den Wald in Bayern zu erforschen. Mit der kanadischen Provinz Québec, wie Bayern ein bedeutender Standort der Luft- und Raumfahrtindustrie, besteht eine enge Zusammenarbeit im Bereich der Luft- und Raumfahrt. So findet ein reger Austausch zwischen dem bayerischen Cluster für Luft- und Raumfahrt „BavAIRia“ und Luftfahrtverbänden aus Québec im Rahmen von Delegationsreisen und Expertentreffen statt. Die im Jahr 2011 erneuerte Partnerschaft

mit der französischen Region Provence-Alpes-Côte d'Azur sieht u.a. eine Kooperation der Cluster „Ernährung“ vor. Am 21.05.2015 unterzeichneten Ministerpräsident Seehofer und der französische Premierminister Valls im Münchner Prinz-Carl-Palais eine „Gemeinsame Absichtserklärung zwischen der Regierung der Französischen Republik und der Bayerischen Staatsregierung hinsichtlich der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft und Innovation“. Die Kooperationsfelder umfassen Energie, digitale Wirtschaft, Cluster und Mittelstand, Berufsausbildung, Forschung.

c) Bildung, Kultur und Gesellschaft

Bayerische Kultur ist weltbekannt, ihre Pflege und Förderung entscheidend für ein sympathisches Bild Bayerns im Ausland. Dazu gehört auch, internationale Kontakte an bayerischen Schulen zu fördern und Schüler, Lehrlinge und Studenten an internationale Leistungs- und Qualitätsmaßstäbe heranzuführen. Ebenso wichtig ist es, das kulturelle Erbe Bayerns in Europa gemeinsam zu pflegen, die deutsche Sprache im Ausland zu fördern und hoch qualifizierte Wissenschaftler und Studenten nach Bayern zu bringen.

Bedeutend sind der Abbau historischer Belastungen insbesondere im Verhältnis zu Tschechien sowie die Förderung deutscher Minderheiten in Ost-, Mittel und Südosteuropa. Konkrete Beispiele der Zusammenarbeit: Bayern fördert zusammen mit anderen Partnern die deutschsprachige Andrassy-Gyula Universität, die als postgraduale Einrichtung eine mitteleuropäische Elite für Verwaltung, nicht staatliche Organisationen und die Wirtschaft ausbildet. Damit unterstreicht Bayern seinen wissenschafts- und kulturpolitischen Gestaltungswillen und leistet einen Beitrag zur Stärkung der deutschen Sprache als Wissenschaftssprache in Mittel- und Osteuropa. Rund 60 tschechische Jugendliche absolvieren jedes Jahr ein Gastschuljahr an einem bayerischen Gymnasium und werden dabei mit der deutschen Sprache, der Kultur sowie den gesellschaftlichen und traditionellen Gepflogenheiten vertraut. Umgekehrt wächst dadurch auch das Interesse bayerischer Schülerinnen und Schüler an der tschechischen Sprache. Durch das allmähliche Zusammenwachsen eines gemeinsamen Wirtschaftsraums sind Kenntnisse in der jeweiligen Sprache für viele Berufsanfänger eine wichtige Zusatzqualifikation. In der Zusammenarbeit mit der Volksrepublik China, insbesondere mit den Partnerprovinzen Shandong (seit 1987) und Guangdong (seit 2004) sind vor allem nachhaltige Projekte der beruflichen Aus- und Fortbildung und des Hochschulaustauschs hervorzuheben.

Bei besonderen Anlässen und Jubiläen haben sich Bayern und seine regionalen Partner in der Vergangenheit mit gemeinschaftlichen Großveranstaltungen präsentiert und dabei herausgestellt, auf welchem breitem Fundament die jeweilige Partnerschaft aufbauen und intensiviert und weiterentwickelt werden kann. Darüber hinaus bewiesen diese Veranstaltungen: Bayern ist nicht nur Technologie- und Innovationsland, sondern auch Kulturstaat. Beispiele: „Französischer Frühling in Bayern“ (1997), „Bayerische Tage in Shandong“ (1997), „Moskauer Tage in Bayern (1999), „Rendez-vous avec la Bavière – Bayerische Wirtschafts- und Kulturtage in Südfrankreich“ (2000), „Bayerische Tage in Moskau“ (2001), „Bayerische Kulturtage in der Slowakei“ (2002), „Bayerische Woche in Montréal/Québec“ (2003), „Indische Woche in Bayern“ (2005), „Shandong-Woche in Bayern (2007), „Bavaria meets Western Cape Expo“ mit „Bayerischem Haus“ in Kapstadt (anlässlich der FIFA-Fußball WM 2010). Der Festakt der Bayerischen Staatsregierung zum 50-jährigen Jubiläum des Deutsch-französischen Vertrages im Januar 2013 stand ganz im Zeichen der Jugend, des Schüler- und Studentenaustauschs zwischen Bayern und Frankreich. Zur Eröffnung der Ausstellung de Gaulle/ Adenauer auf dem Münchner Odeonsplatz (6. – 16.04.2013) besuchte der frz. Premierminister Jean-Marc Ayrault den Freistaat Bayern.

d) Entwicklungspolitische Zusammenarbeit und Eine Welt-Arbeit

Ein weiteres politisches Schwerpunktthema der Bayerischen Staatsregierung – insbesondere vor dem Hintergrund der Flüchtlingsströme nach Europa – sind Aktivitäten in der Entwicklungszusammenarbeit, u.a. Zusammenarbeit mit Partnern, um in den Entwicklungs- und Schwellenländern zur Verbesserung der Lebensbedingungen sowie zur Bekämpfung von Armut, Hunger und Krankheit beizutragen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Fluchtursachenbekämpfung zu.

Zum Jahreswechsel 2013/2014 hat die Bayerische Staatskanzlei vom Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie (StMWi) die Zuständigkeit der Grundsatzfragen und Koordinierung der Entwicklungszusammenarbeit innerhalb der Bayerischen Staatsregierung übernommen. Bei ressortübergreifenden Maßnahmen hat die Staatskanzlei die Federführung inne, so z.B. die Koordinierung der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit im Arbeitskreis Entwicklungszusammenarbeit (AK EZ). Die Zuständigkeitsverlagerung ergänzt die seit 2004 in der Staatskanzlei bestehende Funktion eines offiziellen Ansprechpartners der Bayerischen Staatsregierung für die bayerischen Nichtregierungsorganisationen

(NGO's) im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit, derzeit die Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen in der Bayerischen Staatskanzlei, Frau Dr. Beate Merk. Sie hält engen Kontakt zum Eine Welt Netzwerk Bayern e.V., dem Dachverband der bayerischen Eine Welt-Gruppen, und gewährleistet damit die politische Begleitung und Unterstützung der Eine Welt-Arbeit der bayerischen NGO's bei der Hilfe zur Selbsthilfe zum Aufbau nachhaltiger Strukturen in der „Einen Welt“. Im Mittelpunkt stehen Nord-Süd-Kooperationen mit ausgewählten Partnerregionen, insbesondere Südafrika (Gauteng und Westkap), Indien (Karnataka) und Brasilien (São Paulo), aber auch Tunesien zur Unterstützung des demokratischen Transformationsprozesses.

Nachfolgend eine Auswahl relevanter Maßnahmen:

- Fortbildungsseminare in Bayern bzw. in den Partnerländern zu den Themen Erneuerbare Energien, Energieeffizienz, Abfallbehandlung für Experten aus Angola, Ghana, Madagaskar, Mosambik, Nigeria, Südafrika (Partnerprovinzen Gauteng und Westkap) sowie aus der VR China (Partnerprovinz Shandong)
- Fortbildungsseminare in Bayern zu den Themen „Ökotourismus“ und „Kommunale Entwicklung“ für Experten aus Tunesien
- Kooperationsprogramme "Neue Technologien - insbesondere Erneuerbare Energien und Umwelttechnologien" mit Experten aus Brasilien und Mexiko
- Zusammenarbeit mit der Partnerprovinz Shandong/VR China in den Bereichen berufliche Bildung, ländliche Entwicklung, energieeffizienter Städtebau und Vermessungswesen
- Zusammenarbeit mit der Partnerprovinz Guangdong/VR China in der beruflichen Bildung
- Wasserpartnerschaft mit dem Bundesstaat Karnataka/Indien
- Berufsbildungsprojekt „GOL – Dein Tor in die Zukunft“ im Bundesstaat São Paulo/Brasilien
- Verschiedene Kooperationsprojekte mit der Partnerregion Westkap/Südafrika in den Bereichen erneuerbare Energien, berufliche Bildung, Pflege, Landwirtschaft, Jugend- und Schüleraustausch und Unterstützung der Zivilgesellschaft

Gemeinsam ist allen diesen Partnerschaften, dass sie eine gute Möglichkeit darstellen, um ein breites gesellschaftliches Engagement für die Entwicklungszusammenarbeit zu mobilisieren. Die Vielfalt der Partnerschaftsbeziehungen von Kommunen, Schulen, Vereinen, Kirchen und Universitäten sind dabei eine wesentliche Ressource für die bayerische Entwicklungspo-

litik. Voraussetzung ist dabei immer, dass die Partnerschaften auf Augenhöhe und unter Wahrung der beiderseitigen Interessen und Bedürfnisse gestaltet werden. Dieses bürgerschaftliche Engagement zu stärken und in das Bewusstsein der Öffentlichkeit zu tragen ist das Ziel des „Bayerischen Eine Welt-Preises“, der seit 2012 alle zwei Jahre vom Freistaat Bayern, vertreten durch die Bayerische Staatskanzlei, gemeinsam mit dem Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. verliehen wird.

Als Beispiel für einen erfolgreichen zivilgesellschaftlichen Dialog im Rahmen einer Nord-Süd-Partnerschaft soll hier auf den Austausch zwischen dem *Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.* und dem *Western Cape Network for Community, Peace and Development (WCN CPD)* hingewiesen werden. Das *Western Cape Network* wurde 2005 gegründet und umfasst inzwischen etwa 40 Mitgliedsgruppen. Mehrere Aktionsformen des Eine Welt Netzwerks Bayern wurden vom Western Cape Network als vorbildlich auch für die eigene Arbeit angesehen und sollen zukünftig selbst genutzt werden. Es wird inzwischen von der Regierung von Westkap als Vertretung der zivilgesellschaftlichen Gruppen anerkannt. Die Kontakte wurden von offizieller südafrikanischer Seite als Bestandteil der Partnerschaft Bayern – Westkap gewürdigt und haben in die von Ministerpräsident Seehofer und Premierministerin Zille im September 2010 in Kapstadt erneuerte Partnerschaftserklärung und den gemeinsamen Aktionsplan Eingang gefunden. Beide Seiten sprachen sich im Rahmen der offiziellen Beziehungen für die Unterstützung von Partnerschaften zwischen Kommunen, Schulen, Kirchengemeinden und NGOs in Bayern und Westkap aus. Anlässlich ihrer Reise nach Westkap vom 25. bis 29.03.2014 unterzeichnete Staatsministerin Dr. Beate Merk mit Minister Dr. Ivan Meyer, dem Beauftragten der Regierung Westkap für die Partnerschaft mit Bayern, den neuen Aktionsplan 2013-2015, der über 50 Projektfortschreibungen und auch neue Projekte enthält in den Bereichen Wirtschaft und berufliche Bildung, Wissenschaft und Forschung, Förderung der Kommunalverwaltung, Umwelt und Klimaschutz, Kommunale Partnerschaften, Brand- und Katastrophenschutz, Bauwesen / Energieeffizienz / Stadtentwicklung, Jugendaustausch, Austausch im Bereich der Schulen und Entwicklungszusammenarbeit, Landwirtschaft, Kultur, sowie die Einbeziehung von Nichtregierungsorganisationen und der Zivilgesellschaft.

Der neue Aktionsplan gibt einen aktuellen Überblick über die enorme Dichte und Breite der bereits laufenden und der in Vorbereitung befindlichen Kooperationsprogramme zwischen den Regierungen von Bayern und Westkap und bietet insbesondere für die Arbeit der Nichtregierungsorgani-

sationen vor Ort durch die Kenntnisnahme seitens der Regierung von Westkap einen Bezugsrahmen. Ein besonderes Highlight ist dabei der erstmals vereinbarte individuelle Schüleraustausch zwischen Bayern und Westkap über den Bayerischen Jugendring. Inzwischen gibt es erste Partnerschaften zwischen bayerischen Gymnasien und Sekundarschulen in Westkap. Des Weiteren finden Gespräche über die Anbahnung einer Städtepartnerschaft zwischen einer bayerischen und einer südafrikanischen Kommune statt. Durch den Besuch einer Delegation von Abgeordneten des Parlaments von Westkap in München im April 2013 wurden die Beziehungen zum Bayerischen Landtag gefestigt.

Bei Entwicklungsprojekten mit Westkap liegt der Schwerpunkt auf den Bereichen der Bildung, des Gesundheitswesens und der Schaffung von Arbeitsplätzen. Ein Beispiel unter vielen: Das Service-Schule-Projekt von „Lebenslinien e.V.“, einer Mitgliedsgruppe des Eine Welt Netzwerks Bayern, welches durch die Bayerische Staatskanzlei unterstützt wird. Es fördert Jugendliche aus einer verarmten Landarbeitersiedlung durch eine Ausbildung im Bereich Gastronomie/Service, und zwar so erfolgreich, dass Starkoch Alfons Schuhbeck bereits zum zweiten Mal ein Praktikum für den besten Absolventen angeboten hat. Der Jahrgangsbeste 2013 Bronwin Zimba wurde daher eingeladen, im Sommer 2014 in Schuhbecks Restaurant „Am Platzl“ in München eine Fortbildung zu absolvieren.

e) Afrika

Afrika wird auch weiterhin im Fokus der bayerischen Politik stehen. Bezeichnend: Gleich der erste Termin von Staatsministerin Dr. Beate Merk in ihrer Zuständigkeit als „bayerische Außenministerin“ fand mit einem Vertreter Südafrikas statt: am 21.10.2013 traf Frau Dr. Merk in der Bayerischen Staatskanzlei Denis Goldberg, den langjährigen Wegbegleiter und Mitangeklagten von Nelson Mandela im Rivonia-Prozeß (er war deshalb 22 Jahre in Haft), zu einem Gespräch. Unser großer Nachbarkontinent verdient unsere ganze Aufmerksamkeit – nicht nur als Krisenkontinent, der er in Teilen leider auch ist, sondern insbesondere als Chancen- und Wachstumskontinent! Ein Kontinent mit einer jungen, dynamischen Bevölkerung, die weiter wachsen wird! Diese Menschen sind ein großer Schatz, sie brauchen faire Chancen und Perspektiven für die Zukunft. Afrika braucht auch weiterhin die Unterstützung der Weltgemeinschaft. Bayern begrüßt deshalb die neuen Leitlinien zur Afrikapolitik, die 2014 vom Auswärtigen Amt und dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vorgelegt wurden. Damit würdigt die Bundesregierung die

steigende Bedeutung Afrikas für Deutschland und hat nicht von ungefähr das Thema auch auf die Agenda ihrer G 7-Präsidentschaft gesetzt. Unter den Teilnehmern des „Outreach-Treffens“ beim G 7-Gipfel in Elmau/ Bayern war auch der tunesische Staatspräsident Essebsi.

Bayern unterhält seit 2012 eine Partnerschaft mit Tunesien, dem Ursprungsland des Arabischen Frühlings, um den dortigen demokratischen Transformationsprozess zu unterstützen. Schwerpunkte des neuen Aktionsplans 2015 – 2018 sind Projekte im Bereich kommunale und regionale Entwicklung, Staats- und Verwaltungsaufbau, berufliche Bildung, Tourismus und Regional- und Landesentwicklung, Bildung, Hochschulen, Forschung und Innovation, Stadtplanung, innere Sicherheit und Justiz (siehe Anlage, Pressemitteilung der Staatskanzlei vom 20.07.2015). Die Erschließung einer weiteren Partnerschaft mit einem Land aus Subsahara-Afrika wird derzeit geprüft.

f) Fluchtursachenbekämpfung im Rahmen der Einwanderungs- und Asylpolitik

Die Beziehungen zu Afrika müssen nicht zuletzt in Zusammenhang mit der Bekämpfung von Armut und Fluchtursachen gesehen werden. Die bayerische Asyl- und Flüchtlingspolitik basiert auf den drei Eckpfeilern Humanität bei Aufnahme und Betreuung, Schutz vor Missbrauch und Hilfe in den Herkunftsländern. Zielgerichtete entwicklungspolitische Maßnahmen sind dem dritten Pfeiler zuzuordnen. Bayern hat jedoch kein eigenes Entwicklungsministerium. Fluchtursachenbekämpfung erfolgt im Rahmen von einzelnen Projekten, die Partner zusammenbringen. Der Arbeitsinhalt ist ein anderer als beim Bund: Die Staatskanzlei kann keine Katastrophen- und Nothilfe leisten; die vorhandenen Haushaltsmittel werden im Wesentlichen für Bildungsprojekte und die Eine Welt-Arbeit in Bayern verwendet.

Die auch für Fragen der Entwicklungspolitik zuständige Staatsministerin für Europaangelegenheiten und regionale Beziehungen in der Bayerischen Staatskanzlei, Dr. Beate Merk MdL, bringt sich selbst in vielfältiger Weise unmittelbar auf Bundes-/europäischer und internationaler Ebene in das Thema der Fluchtursachenbekämpfung im Rahmen der Einwanderungs- und Asylpolitik ein und hat bei verschiedenen Gelegenheiten die bayerischen Forderungen an Bund und EU vorgebracht. Sie reiste bereits im Januar 2014 nach Tunesien, führte Gespräche mit der tunesischen Regierung, Vertreter/innen des UNHCR und der internationalen Organisation für Migration (IOM) und besuchte eine Flüchtlingsanlaufstelle der Caritas in Tu-

nis. Ein wesentlicher Programmpunkt der Reise – neben der Flüchtlingsproblematik – war der Besuch einer Berufsschule und der Unternehmen Leoni und Dräxlmaier in Sousse vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass eine (langfristige) Ausbildungsoffensive zu mehr Bildung und mehr Jobs führt und damit den Transformationsprozess zur Demokratie stabilisiert. Des Weiteren traf sich Staatsministerin Dr. Merk mit Vertretern der Regierungen Italiens und Österreichs, um dort über die Bewältigung der Flüchtlingsströme über das Mittelmeer und die gerechtere Verteilung von Flüchtlingen in der EU zu sprechen. Im November 2014 kamen auf Initiative von Dr. Merk und mit Unterstützung des Eine Welt Netzwerks Bayern e.V. in der Region Syrien/Nordirak engagierte bayerische Hilfsorganisationen zu einem Treffen in der Bayerischen Staatskanzlei zusammen. Um sich ein eigenes Bild unmittelbar vor Ort zu verschaffen, besuchte sie die Türkei, Kosovo, Ungarn, Serbien und Albanien sowie – gemeinsam mit Vertretern der katholischen und evangelischen Kirche – den Libanon. Dabei fanden auch Gespräche zu einem Bayerischen Ausbildungshaus statt, das zusammen mit dem Projektpartner Orienthelfer e.V. in einer Flüchtlingssiedlung in der Bekaa-Ebene errichtet werden soll.

5. Nachhaltigkeit und Subsidiarität als Leitlinien der Partnerschaftsarbeit

In der gemeinsamen Eine Welt-Arbeit mit der Zivilgesellschaft setzt die Staatsregierung auf ein durch ein konstruktives Miteinander geprägtes, vertrauensvolles Verhältnis, das durch zwei Prinzipien gekennzeichnet ist: Nachhaltigkeit und Subsidiarität. Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung vom 12. November 2013 vor dem Bayerischen Landtag ausgeführt: „Unsere Wachstumsgesellschaft braucht eine wertorientierte langfristige Lebenskultur. Unser Leitmotiv dafür ist das Prinzip der Nachhaltigkeit. Der Erfolg Bayerns gründet auf der Fähigkeit, den Weg zwischen Bewahren und Fortschritt trittsicher zu gehen. Wir wollen deshalb keinen Fortschritt um jeden Preis, sondern einen Fortschritt mit Verantwortung für die nachkommenden Generationen, mit Augenmaß und Ehrfurcht vor der Schöpfung.“ Entwicklungspolitische Verantwortung wahrzunehmen ist ein wesentliches Element einer an Nachhaltigkeit ausgerichteten Landespolitik. Nachhaltige Eine Welt-Politik ist dabei auch auf das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern angewiesen, sie ist nicht allein Aufgabe des Staates, sondern der gesamten Gesellschaft. Daher anerkennt und, wo möglich und nötig, fördert der Freistaat Bayern die engagierte Arbeit der zahlreichen privaten Initiativen und Nichtregierungsorga-

nisationen, der Kirchen sowie der Unternehmen, Kammern und sonstigen Verbände – sowohl in der entwicklungspolitischen Bildungs- und Informationsarbeit in Bayern als auch in der völkerverbindenden Partnerschaftsarbeit.

Bayern pflegt seine Partnerschaften weiterhin intensiv. Dabei ist entscheidend, dass gute internationale Beziehungen die Ernte vieler kleiner Schritte und auch persönlicher Kontakte sind. Und darum ist es so wichtig, dass nicht nur die Staatsregierung, sondern auch Landtag und kommunale Gebietskörperschaften sowie gesellschaftliche Organisationen die internationalen und regionalen Kontakte pflegen und weiter ausbauen. Zusammenarbeit bringt beide Seiten voran. Beide lernen voneinander. Das weitet den Blick, eröffnet neue Horizonte und zeigt neue Wege in die Zukunft.

Quellen:

Bayerische Staatskanzlei (Hrsg.), Bayern in der Welt – Internationale Beziehungen des Freistaats Bayern, München 2014

Bayerische Staatskanzlei (Hrsg.), Bayern. Die Zukunft. – Regierungserklärung des Bayerischen Ministerpräsidenten Horst Seehofer, MdL, am 12.11.2013 vor dem Bayerischen Landtag (Manuskriptfassung)

Michael Schmöller, Regionen weltweit vernetzt – die regionalen Außenbeziehungen Bayerns, Marburg 2009

Anlage

Pressemitteilung der Bayerischen Staatskanzlei vom 20.07.2015

Europaministerin Beate Merk reist nach Tunesien / „Tunesien muss stabilisiert werden / Scheitern Tunesiens wäre Katastrophe für die ganze Region und Sicherheitsrisiko für Europa / Bayern unterstützt sein Partnerland bei Polizei und Justiz, Stärkung der Kommunen und Ausbildung Jugendlicher“ / Treffen mit Staatspräsident Essebsi

Tunesien, Partnerland Bayerns, war das Ausgangsland des arabischen Frühlings. Bereits zweimal wurde es dieses Jahr von folgenschweren terroristischen Anschlägen erschüttert – am 18. März im Bardo-Museum in Tunis und am 26. Juni in einem Touristenhotel in Sousse. Europaministerin Dr. Beate Merk: „Jetzt gilt erst recht: Wir müssen Tunesien auf seinem Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weiter unterstützen. Das Land hat eine Vorbild- und Symbolfunktion für den gesamten arabischen Raum. Ein Scheitern Tunesiens wäre nicht nur eine Katastrophe für die ganze Region, sondern auch ein Sicherheitsrisiko für Europa. Was ein instabiler Staat in der Nähe unserer Grenzen bedeutet, sehen wir drastisch am Beispiel des Nachbarlands Libyen.“

Europaministerin Dr. Beate Merk reist am 23. und 24. Juli 2015 zu politischen Gesprächen nach Tunis. Bei ihrem Besuch trifft sie unter anderem mit dem Präsidenten der Tunesischen Republik, Béci Caid Essebsi, mehreren Mitgliedern der tunesischen Regierung sowie Vertretern von Flüchtlingsorganisationen zusammen. Die Europaministerin nimmt auch an der Sitzung der Arbeitsgruppe Bayern-Tunesien teil und unterzeichnet den bayerisch-tunesischen Aktionsplan für eine Fortsetzung der Zusammenarbeit in den Jahren 2015 bis 2018.

In dem Aktionsplan werden Maßnahmen vereinbart, die einen Beitrag zur Unterstützung und Stabilisierung Tunesiens leisten sollen. Vorgesehen sind unter anderem gemeinsame Projekte in den Bereichen Polizei und Justiz, zur Stärkung der kommunalen Ebene sowie zur Verbesserung der beruflichen Bildung und Ausbildung. Die Europaministerin: „Mit all diesen Maßnahmen wollen wir deutlich machen: Wir stehen zu unserem Partnerland Tunesien. Wir wollen, das Tunesien seinen Weg zu Demokratie und Rechtsstaatlichkeit weiter erfolgreich fortsetzt. Wo es Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und wirtschaftliche Perspektiven gibt, hat islamistischer Fanatismus keinen Nährboden.“

Rainer Riedl

Pressesprecher der Bayerischen Staatskanzlei